

Zeno-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang

Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund

Volksblatt

für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 315

Donnerstag, den 14. November 1935

Jahrgang 1935

Nicht Wissenschaftler, sondern Jugenderzieher.

Die gemeinsame Grundausbildung aller zukünftigen
Lehrer.

Von
Professor Dr. Voigtländer, Reichs-
erziehungsministerium.

Reichserziehungsminister Rust hat kürzlich ver-
fügt, daß vom nächsten Jahre ab die künftigen „höhe-
ren Lehrer“ zunächst zwei Semester an einer Hoch-
schule für Lehrerbildung studieren müssen,
jedoch ohne daß dadurch die Gesamtdauer des Studiums
verlängert wird. Diese Regelung ist von einschneiden-
der Bedeutung für die Ausbildung unserer gesamten
Erziehungsnachwuchses, denn damit hört vom Som-
mersemester 1936 der bisherige Ausbildungsweg für
höhere Lehrer auf. Nur diejenigen Studenten, welche
vor dem Sommersemester 1936 ihr Studium begon-
nen haben, können noch auf dem bisherigen Wege zur
Prüfung gelangen.

Die kürzlich veröffentlichte Bekanntmachung über
die Aufnahme an den Hochschulen für Lehrerbildung
enthält nur wenige Sätze über das künftig gemein-
same Studienjahr der beiden Lehrer-
gruppen, aber diese Sätze sind von großer Bedeu-
tung für die Schule und den deutschen Lehrstand.
Der Entschluß, die Ausbildung der höheren Lehrer in
dieser Weise neu zu ordnen, konnte nur gefaßt wer-
den, weil der Weg, den der Reichserziehungsminister
1933 mit der Eröffnung der ersten neuen Hochschule
für Lehrerbildung in Laubach in Bonn im Sommer
eingeschlagen hatte, erfolgreich gewesen war. Es kann
für die jüngste Art der deutschen Hochschulen keine
größere Anerkennung ihrer bisher geleisteten Arbeit
geben, als den Auftrag, an der Ausbildung der höhe-
ren Lehrer mitzuwirken.

Die Hochschulen für Lehrerbildung stellen insofern
etwas Neues in der Geschichte der deutschen Hochschulen
dar, als sie sich nicht auf pädagogische Forschung, Lehre
und Ausbildung beschränken, sondern sich zu Erzie-
hungsstätten des Lehrernachwuchses ent-
wickeln. Dozenten und Studenten sind
hier neue Formen gemeinsamer Ar-
beit. Die Idee der nationalsozialistischen Erziehung
ist ihnen nicht allein Gegenstand der Lehre, sondern
soll die Ausbildungsformen bis ins einzelne bestimmen.
Die nationalsozialistischen Gliederungen und Ver-
bände, denen Dozenten und Studenten angehören,
sind ebenso Träger der Erziehung wie die Hochschule
selbst; denn die Aufgaben der Erziehung müssen an den
Hochschulen stets von neuem praktisch gelöst werden,
im politischen Verband und in der Kameradschaft, im
Lager und auf der Grenzlandfahrt, in Hörsaal und
Schulstube.

Neue Erziehungsformen sind die Voraussetzung
einer neuen Erziehungslehre. Darum suchen die
Hochschulen für Lehrerbildung überall Beziehungen zu
den politischen Organisationen unseres Volkslebens. Je
mehr es ihnen gelingt, mit ihren Kräften an den Er-
ziehungsaufgaben mitzuarbeiten, die der Führer den
Gliedern und Verbänden der Bewegung gestellt
hat, um so besser wird der Nachwuchs des deutschen
Lehrstandes für seinen Beruf ausgebildet. Die Schule
ist nur ein Teil in der großen Erziehungsordnung
unseres Volkes, und der Lehrer muß daher den Blick
auf diese größere Ordnung richten, um seine eigene
Berufsaufgabe zu erkennen. Die Hochschulen für Lehr-
erbildung wollen ihren Studenten die politisch-
geistige Welt des deutschen Volkes vom
Wirkpunkt des Erziehers aus aufzeigen.
Die berufspraktische Ausbildung zum Lehrer wird
somit bestimmt durch das größere Ziel einer politisch-
geistigen Formung des Lehrstandes.

Durch diese Schule schickt der Reichserziehungs-
minister in Zukunft auch die höheren Lehrer, bevor sie
sich ihren wissenschaftlichen oder künstlerischen Auf-
gaben zuwenden. Sie wollen zunächst ihre Auf-
gabe als Lehrer sehen, und erst dann Sprachen
oder Geschichte, Mathematik oder Naturwissenschaften
studieren. Der Abiturient wird damit vor eine neue
Frage gestellt. Er muß sich entscheiden, ob er Lehrer
werden oder einen anderen Beruf ergreifen will. Bis-
her entschieden sich viele Abiturienten zunächst aus
Neigung zur Wissenschaft zu einem bestimmten Fach-
studium und erst später, wenn sie sich zu einem Ab-
schluß ihrer Studien gedrängt sahen, zum Staatsge-
wesen für das Lehramt an höheren Schulen. Das kam
ihrem wissenschaftlichen Studium zugute, aber er-
schwerte die Auslese für den Lehrernachwuchs; denn
nicht jeder tüchtige Mathematiker oder Historiker oder
Philologe ist ein guter Lehrer und erfolgreicher
Jugenderzieher.

Wissenschaftliche Begabung bleibt auch
weiterhin die unerlässliche Voraussetzung
für den Lehrer an höheren Schulen, der ohne ein
gründliches Fachwissen nicht vor die Jugend treten
kann, aber sie ist nicht die einzige Voraussetzung. Zum
Fachwissen müssen Lehrgeschick und die Fähigkeit
hingekommen, die Jugend weltanschaulich zu

erziehen. Der höhere Lehrer studiert weiterhin an
den Universitäten oder Technischen Hochschulen seine
Fachwissenschaften, aber er soll auch dieses Studium
als künftiger Lehrer beginnen. Die allgemeinen
praktischen und wissenschaftlichen Voraussetzun-
gen seines Berufes lernt er vorher an den Hoch-
schulen für Lehrerbildung kennen.

Es wird an diesen Hochschulen keineswegs ein
besonderer zweisemestriger Ausbil-
dungsgang für künftige höhere Lehrer eingerich-
tet. Der Sinn der Neuordnung liegt gerade in dem
gemeinsamen Studienjahr mit den Volks-
schullehrern. Beide Studentengruppen werden
daher an allen Pflichtveranstaltungen der Hochschule
teilnehmen. Der Studienplan für die ersten beiden
Semester sieht die politisch-weltanschaulichen Grund-
wissenschaften (Erziehungswissenschaft, Charakter- und
Jugendkunde, Vererbungstheorie und Rassenkunde,
Volkstunde) und den Beginn der berufspraktischen
Ausbildung vor. Der Student lernt durch Unter-

richtsbefuche, eigene Lehrversuche und in
methodischen Vorlesungen und Übungen den Arbeits-
bereich der Volksschule kennen. Dieser Teil des Stu-
diums schließt mit einem mehrwöchigen Prati-
kum in einer Volksschulklasse. Hierbei
wird sich der Student nochmals prüfen können, ob er
die nötigen Voraussetzungen für ein Lehramt mit-
bringt. Die Verbindung zum späteren Fachstudium
wird an der Hochschule für Lehrerbildung durch das
Studium eines Wahlfaches hergestellt. Wie die künf-
tigen Volksschullehrer kann sich auch der künftige
höhere Lehrer schon an der Hochschule für Lehrerbil-
dung in einem Fachgebiete der Schule weiterbilden.

Der Studiengang muß schon deshalb für beide
Studentengruppen gemeinsam sein, weil nach zwei
Semestern jeder Student grundsätzlich
die Möglichkeit haben soll, nach weite-
ren zwei Semestern die Prüfung für das
Lehramt an Volksschulen abzulegen oder
zum Fachstudium an eine andere Hoch-

schule überzugehen. Freilich wird es nicht
allein vom einzelnen Studenten abhängen, welchen
Weg er einschlagen kann. Die Hochschule wird
sich an der Auslese für die beiden Leh-
rergruppen beteiligen. Da die Ausbildung
auf Grund des Bedarfs an Lehrern und der Eignung
zum Lehramt erfolgen wird, kann nur eine bestimmte
Anzahl von Studenten die Berechtigung erhalten, zum
Fachstudium überzugehen mit dem Ziele, später die
Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen abzu-
legen.

Die nationalsozialistische Staatsführung bemüht
sich, einen wirklich gezielten Lehrernachwuchs auszu-
bilden. Die angelegte Neuordnung soll daher in
erster Linie der Auslese dienen. Sie schlägt aber gleich-
zeitig eine Brücke zwischen den beiden Leh-
rergruppen; sie wird, wie das große Einigungs-
werk des N.S.-Lehrerbundes, dazu beitragen, daß sich
der Wille zur gemeinsamen Arbeit aller deutschen Er-
zieher stärkt.

Ägypten am Vorabend der Revolution?

Blutige englandfeindliche Demonstrationen in Kairo und Tanta. — Zahlreiche
Polizisten und Demonstranten bei Straßenkämpfen schwer verletzt.

Sturm auf das englische Generalkonsulat.

London, 13. November.

In Kairo kam es am Mittwoch, wie Reuters meldet,
zu blutigen Unruhen, bei denen 39 Personen,
darunter 19 Polizisten, verletzt wurden.

Ägyptische Studenten, die den Unabhängigkeitstag
feierten, veranstalteten große englandfeindliche
Kundgebungen. Dabei wurde der englische Außen-
minister Sir Samuel Hoare angegriffen und der
Führer der nationalistischen Wafd-Partei, Nuhhas Pascha,
verhört.

Nach kurzer Zeit kam es zu Zusammenstößen
mit der Polizei. Die Demonstranten zogen zum
englischen Generalkonsulat und zerstörten dort
die Fensterscheiben. Ein großes bri-
tisches Kaufhaus in der Nähe des Konsulats wurde
ebenfalls angegriffen und beschädigt.

Ägyptische Infanterie löste die Polizei ab, die
in verschiedenen Stadtteilen Sperrketten gebildet
hatte. Auch die ausländischen Gesandtschaften wurden
von Infanterie bewacht.

Weber die schweren Zusammenstöße werden noch
etwas heftiger. Ein Trupp von etwa 100
Studenten wurde von der Polizei unter Verwendung des
Gummistocks zum Auseinandergehen aufgefordert.

Die Menge griff darauf, erbittert über die Ver-
letzung eines Studenten, die Polizei an und ent-

waffnete sie. Mehrere Polizeibeamte
wurden über die Straßenmauer in den etwa
sechs Meter tiefer liegenden Hof der
englischen Botschaft geworfen. Der Poli-
zeioffizier, der ebenfalls schwer verletzt wurde, rief
englische Soldaten um Hilfe an. Die Engländer
griffen aber nicht ein. Die Studenten zerstreuten
sich, bevor Polizeiverstärkungen eintrafen.

Die von der Wafd-Partei für Mittwochabend einbe-
rufene Massenversammlung hat die Polizeibehörden ver-
anlaßt, umfangreiche Sperrketten durchzuführen. Die
Erregung in den Straßen dauert an.

Nach den letzten Meldungen soll sich die Lage wieder
etwas beruhigt haben, jedoch seien weitere Unruhen am
Mittwochabend nach der großen Massenkundgebung der
Wafd-Partei zu erwarten, auf der der Oppositionsführer
Nuhhas Pascha spricht. Es ist mit Kundgebungen gegen
die Regierung zu rechnen, der die Wafd-Partei die bisher
gewährte Unterstützung verweigern will.

Die Angriffe gegen den englischen Außenminister führt
man auf seine kürzlichen Äußerungen in der Londoner
Guild-Hall zurück, die die englisch-ägyptischen Beziehun-
gen betrafen und in Ägypten sehr ungünstig aufgenom-
men wurden.

Schuh des Gesandtschaftsviertels.

DNB Kairo, 13. November.

Nach den bisherigen Feststellungen sind im Anschluß
an die Tumulte vom Mittwochmittag 19 verletzte
Polizisten und 18 verletzte Demonstranten
in das städt. Krankenhaus eingeliefert worden. Von den
Polizisten sind neun schwer verletzt.
Sämtliche Gesandtschaften sind teils durch Poli-
zei, teils durch Militärwachen geschützt worden. Bei
einer Demonstration wurden die Schaufenster des größten
Delikatwarengeschäfts in Kairo eingeworfen.

Unruhen auch in der Stadt Tanta.

London, 13. November.

Nach Meldungen aus Kairo sind auch in der ägyp-
tischen Stadt Tanta schwere Unruhen aus-
gebrochen. In einem blutigen Straßenkampf
zwischen Polizei und einer feindlichen Menge wurden
45 Polizisten verletzt, davon 13 schwer. Die Polizisten
eröffneten das Feuer auf die Angreifer, wobei ein
Mann getötet und drei schwer verwundet
wurden. Die Kundgeber steckten einen Polizeifrankwagen
und einen Motorrad in Brand.

Ämtlich wird erklärt, daß es außer in Tanta und
Kairo zu keinen ernstlichen Unruhen in Ägypten gekommen
ist. Die ägyptische Regierung fordert das Volk auf,
Ruhe zu bewahren. Sie weist auf die großen Gefahren
hin, denen Ägypten bei einer Störung der öffentlichen
Ordnung ausgesetzt ist. Die Studenten belästigen werden
ermahnt, in die Unterrichtsräume zurückzukehren. Die
Regierung sei entschlossen, unter allen Umständen die
Ordnung aufrecht zu erhalten.

Aufruf zur Revolution.

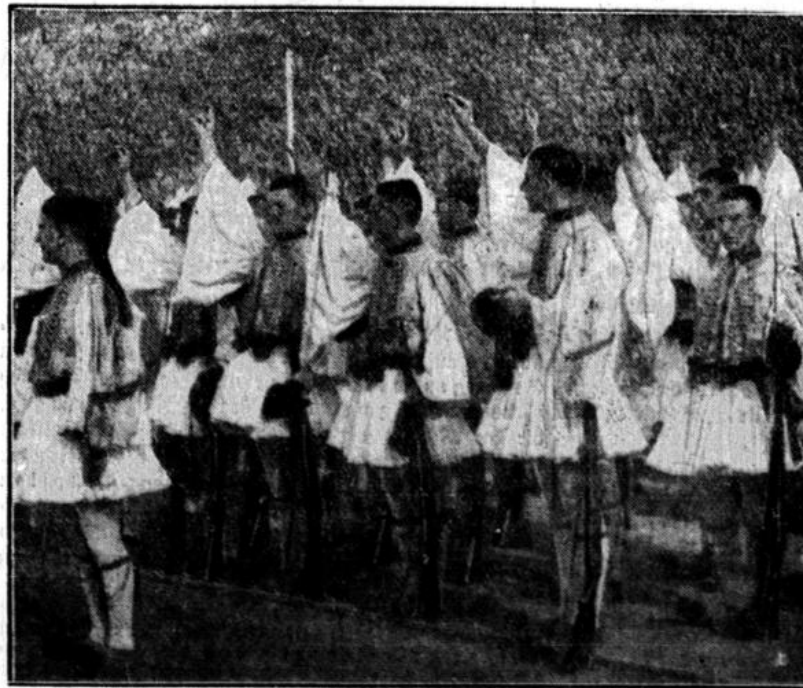
Nuhhas Pascha fordert Rücktritt der Regierung.
Neue Straßenunruhen in Kairo.

DNB Kairo, 13. November.

Nuhhas Pascha, der Führer der nationalistischen
Wafd-Partei, hielt am Mittwochnachmittag vor 2000
Anhängern eine flammende Protestrede
gegen England und die englische Ein-
mischung in innere Angelegenheiten
Ägyptens. Die Rede gipfelte in der Bekanntgabe
einer Entschliessung, die vier Punkte enthält.

Zunächst wird das ägyptische Volk aufgerufen,
jede Zusammenarbeit mit den Engländern
beim einzustellen. Weiter wird der Rück-
tritt der Regierung als Protest gegen eng-
lische Einmischung gefordert. Der dritte Punkt der
Entschliessung besagt, daß die Wafd-Partei der Re-
gierung jede Unterstützung verweigern werde, wenn sie

Bestandteile: Abdruck von der Geschäftsstelle 65 Wg. Bocholt. Durch den Postweg
2.30 Mk. monatlich, einschließlich 26 Wg. Bocholt. Durch die Post einschließlich 48 Wg.
Bocholt 2.52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Wg. bei
22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Wg. je Millimeter.
Gesamtsatzpreis: Bocholt: Realhaustrasse 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für
Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dingperloer Straße 55 (H. Florad),
Burlor Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstrasse 2 (B. Unland), Sachfenstraße 89 (S. Klotze),
Tentlingstraße 14 (H. Quirbach), Gneisenaustraße 86 (S. Quirbach), Votschstraße 3
(W. Drees). — Geschäftsstelle Rheide: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rheide 78.



Vereidigung der
griechischen Armee
auf König Georg II.

Unter großer Beteiligung
der Bevölkerung wurde
im Stadion von Athen
die griechische Armee auf
den König vereidigt. Der
Regent Konstantin unter-
trug bei dieser Gelegen-
heit noch einmal die Be-
deutung dieses Aktes.
Unter Bild zeigt griechi-
sche Soldaten während
der Vereidigungsfeier.
(Scherl-Bilderdienst-M)

nicht zurücktritt. Schließlich wird jede Regierung abgelehnt, die mit den Engländern zusammenarbeitet.

Die Rede Nafas Paschas wird in den Kreisen, die nicht der Wafd-Partei angehören, als Aufruf zur Revolution angesehen.

Am Mittwochnachmittag ist es in Kairo zu weiteren Straßenunruhen gekommen. Nach den bisherigen Feststellungen sind dabei 47 Polizisten und ebenso viele Zivilisten verletzt worden. Weiter wurden ein englischer Polizeioberleutnant und der Präsident des obersten Arbeiterrates verletzt. Bei letzterem handelt es sich um den Anhänger der Wafd-Partei Hamdi Bey Seifelnar.

Die Durchführung der Sanktionen in Ägypten.

DNB Kairo, 13. November.

Der Erlass einer Regierungsverordnung über die Durchführung der Sanktionsmaßnahmen wird in diesen Tagen erwartet. Nach übereinstimmenden Meldungen verschiedener Blätter hat England mit den Kapitulationsmächten dahingehende Vereinbarungen getroffen, daß die ägyptische Regierung von den Kapitulationsmächten ermächtigt werden soll, unter Voraussetzung der Zustimmung des Obersten Rates des Gemischten Gerichtes die Durchführung der Sanktionsmaßnahmen auch durch die jeweiligen fremden Staatsangehörigen anzuordnen. Eine entsprechende Verordnung soll in den nächsten Tagen dem Obersten Rat zur Entscheidung vorgelegt werden. Eine Zustimmung des Rates würde für die hiesigen italienischen Firmen praktisch eine außerordentliche wirtschaftliche Schädigung bedeuten.

Deutsche Arbeiter als erste Gäste im Deutschen Opernhaus.

Ansprache von Reichsminister Dr. Goebbels.

DNB Berlin, 13. November.

Bevor das Deutsche Opernhaus nach dem nunmehr vollendeten Umbau am Freitag mit einer großen Festausführung eröffnet wird, waren am Mittwochnachmittag alle an dem Umbau beteiligten gewerkschaftlichen Arbeiter der Stadt und der Provinz mit ihren Angehörigen eingeladen, an einer Aufführung der „Meisterlieder“ teilzunehmen. Sie waren die ersten Gäste, die das Haus in vollem Glanze sahen. Sie waren Eingänge im wahrsten Sinne des Wortes. Neben dem leitenden Architekten Professor Baumgarten und seinen Helfern sah man alle Handwerker, Maurer und Zimmerleute, Hilfsarbeiter und Bedienstete, die bei dem Umbau mitgewirkt hatten.

Bereits vor Beginn der Vorstellung hatten sie die Freude, daß Reichsminister Dr. Goebbels selbst zu ihnen sprach, um ihnen Dank zu sagen für die geleistete Arbeit.

Als der Nationalsozialismus, so betonte Dr. Goebbels, an die Macht kam, ging man mit dem Gedanken um, dieses Haus aufzugeben. Es befand sich in einem außerordentlich schlechten baulichen Zustand. Die Schulden und der Fehlbetrag waren so angewachsen, daß Stadt und Staat nicht mehr glauben, sie decken zu können. Indessen haben sich die Männer der nationalsozialistischen Regierung, an ihrer Spitze der Führer selbst, leidenschaftlich gegen den Gedanken der Aufgabe dieses Hauses zur Wehr gesetzt, und zwar aus der Überzeugung heraus, daß, je größer unsere nationale und soziale Not sei, um so notwendiger es erscheinen müsse, dem Volk seine Voraussetzungen zu künftiger Betätigung zu schaffen. Wir haben damals den Gedanken vertreten, daß es nicht nur Aufgabe des Staates ist, Schulden und Fehlbeträge abzubauen, sondern das Haus auch wieder in einen würdevollen baulichen Zustand zu versetzen.

Von turkistischer Seite könnte man mit vielleicht entgegenhalten, daß das Volk von diesen Dingen doch nichts hätte. Wie wenig dieser Einwand richtig ist, das zeigt allein schon der heutige Abend. Es war mein besonderer Wunsch, so betonte der Minister unter lebhaftem Beifall des vollbesetzten Hauses, daß am heutigen Abend gerade die Arbeiter der Stadt und der Provinz, die am Umbau dieses Hauses beteiligt gewesen sind, zur ersten Vorstellung eingeladen wurden. Ich habe auch dafür gesorgt, daß sie ihre Frauen mitbringen können, die bei dieser Gelegenheit helfen sollen, was ihre Männer in den vergangenen Monaten geleistet haben. Ich kann nur den herzlichsten Wunsch ausdrücken, daß in Zukunft nicht nur die Begüterten, sondern gerade auch die Arbeiter, der Mittelstand und das Handwerk hier eine Stunde der Erholung und Erbauung finden mögen. Der Minister schloß mit Worten des Dankes an alle an dem Umbau des Hauses Beteiligten.

Begeisterter Beifall dankte dem Minister, dankte den zahlreichsten Künstlern und dem Orchester des Deutschen Opernhauses, das sich seine würdevolle Eröffnungsveranstaltung hätte wünschen können.

Heute wählt England.

London, 13. November.

England steht im Zeichen der Parlamentsneuwahlen, die am Donnerstag im ganzen Königreich durchgeführt werden. Im Vergleich zu früheren Neuwahlen sind die Vorbereitungen ohne große Aufregung verlaufen, wenn man von einigen Wahlkreisen absteht, in denen die Opposition handgreifliche Kundgebungen gegen die Kandidaten der Nationalregierung veranstaltete. In der Hauptstadt selbst zeigt das Straßenbild keine großen Veränderungen. An die Wahlen erinnern lediglich die großen Propagandaplakate der Regierung und der Opposition und die Plakate der Zeitungen, die ihre Leser zum letzten Appell aufrufen. So bringt die „Evening News“ am Kopf des Titelblattes in riesigen fettdruckten Lettern: „Stimmt für die Nationalregierung und haltet die Sozialisten fern!“ Zum letzten Male wurden am Mittwoch die Wähler von den Kandidaten und ihren Mitarbeitern allerorts bearbeitet und zur geschlossenen Beteiligung an den Wahlen aufgefordert. Der englische Rundfunk hat die Vermittlungsbüro waren von den Wahlkreisen beherrscht. Überall hörte man das Schlagwort dieser Wahl: „Die Politik der Gegenpartei bedeutet den Krieg“, von dem sowohl die Regierung als auch die Opposition reichlich Gebrauch machte. Die Büros, in denen die Wahlkreise abgegrenzt werden, zeigten eine erhöhte Tätigkeit. Die Werten wichen jedoch keine großen Schwankungen mehr auf und lauten am Mittwochabend auf eine Regierungsmehrheit von rund 175 Abgeordneten.

Im aufgelösten Parlament verfügte die Regierung über nahezu neun Fünftel aller Unterhausmitglieder. Allgemein erwartet man zwar, daß die Arbeiterpartei, die im letzten Parlament mit nur 7 Abgeordneten vertreten war, einen beträchtlichen Zuwachs erhalten wird. Der Sieg der Regierungspartei soll dennoch als sicher. Mit besonderer Spannung sieht man den Ergebnissen in den Wahlkreisen Macdonalds, des Dominionministers Thomas und des Innenministers Sir John Simon entgegen. Bei der Beurteilung der Wahlen ist zu beachten, daß in England nicht nur die Parteien in den 610 Wahlkreisen aufstellen, sondern auch die Parteien in den 610 Wahlkreisen aufstellen. Gewählt wird stets derjenige Kandidat, der die einfache Stimmenmehrheit über seine Gegner erhält.

Wird Mussolini die Sanktionsfront durchbrechen?

Der politische und wirtschaftliche Sinn der italienischen Protestnote.

Der Eindruck in London.

London, 13. November.

Die italienische Protestnote an die Sanktionsstaaten wird, soweit ihre Argumente in Betracht kommen, in der Londoner Presse nicht ernst genommen.

Die „Times“ erklärt, die italienischen Ansprüche könnten keinen Einfluß auf Beschlüsse haben, die nach langer und sorgfältiger Prüfung gefaßt worden seien. Solange Italien nicht dazu gebracht werden könne, den Streit ein Ende zu machen, müßten die anderen Mächte auf die Durchführung ihrer Aufgaben, die ihr von Italien aufgedrängt worden seien, beharren.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Morning Post“ reißt, man erwarte nicht, daß die britische Regierung antworten werde, wenn auch gewisse in der Note angeführte Punkte später zur Sprache gebracht werden müßten.

Eine Neutermelung aus Genf bejaht, daß die Frage der weiteren Zugehörigkeit Italiens zum Völkerbund bald akut werden dürfte. Man erwarte, daß der Völkerbund im nächsten Sommerabend einen Beschluß über diese Frage fassen werde.

In einer Meldung des römischen Botschafters des „Daily Telegraph“ heißt es, in amtlichen Kreisen sei erklärt worden, der Schlüssel zu Italiens Protestnote sei an der Stelle zu finden, wo verlangt werde, daß jeder Sanktionsstaat die eigene Verantwortlichkeit für die beschlossenen Sanktionsmaßnahmen übernehmen solle. Indem Mussolini die kollektive Verantwortlichkeit des Völkerbundes leugne, entziehe er sich der folgerichtigen Handlung eines völligen Bruches mit Genf. Das italienische Außenministerium sei sich durchaus darüber klar, daß die einzige gültige Regelung des abessinischen Streites durch Genf erfolgen müsse. Aus wirtschaftlichen Gründen würde ein solches Vorgehen die britische Wirtschaft, nachdem sie die italienische militärische Hilfe bezieht und gewisse Strecken Gebiete erobert worden seien. Eine Schließung der Genfer Tür würde Verhandlungen verzögern.

Einige lauthelle Beobachter glauben in der italienischen Note noch ein weiteres wahrzunehmen, den in letzter Minute unternommenen Versuch, die Sanktionsfront zu durchbrechen. Indem der Duce ihnen sagt, sie könnten sich nicht hinter der kollektiven Verantwortlichkeit des Völkerbundes verstecken, hofft er, einige von den kleineren Staaten soweit einzuschüchtern, daß sie die geplanten Sanktionsmaßnahmen aufgeben oder ganz aufgeben.

Anzweifeln läßt die halbamtliche Auslegung der Note keinen Zweifel darüber, daß die italienischen Gegenmaßnahmen mit der Beendigung der Sanktionen kein Ende finden würden. Die Haltung werde nicht so sehr durch den Wunsch nach Vergeltung als durch ernste wirtschaftliche Gründe veranlaßt. Die ungeheuren Kosten des Feldzuges in Abessinien nötigen Italien strengste Sparmaßnahmen auf. Es werde allgemein anerkannt, daß eine genaue Kontrolle von Einfäufen im Ausland

hald unvermeidlich sein werde, um das Gold des Landes zu retten, und zwar ganz unabhängig von den Sanktionsmaßnahmen.

Frankreich hofft auf Verhandlungsmöglichkeiten.

Paris, 13. November.

Der Inhalt der italienischen Protestnote wird von der Pariser Presse ausführlich besprochen. In politischen Kreisen glaubt man nicht, daß sie eine grundlegende Veränderung in der Haltung der Sanktionsstaaten veranlassen könne. Man weiß darauf hin, daß der Völkerbund Italien als Angreifer feststellt, woraus sich für Frankreich die Notwendigkeit ergebe, Artikel 16 zu beschließen, auf dem seine ganze Außen- und Sicherheitspolitik aufgebaut sei. Im übrigen habe Frankreich stets zugunsten Italiens gehandelt, gewirkt und Sicherheit geschaffen, sobald die Umstände es erlaubten, wieder einen Schritt zu unternehmen. Somit habe die Freundschaft zu Italien nie verlagert.

Das „Journal“ schreibt, man tue den Worten wohl keinen Zwang an, wenn man in der Note eine Warnung, so sogar einen Ruf nach Ausöhnung erkenne könne. Der italienische Einpruch richtete sich nicht gegen den Grundhaß, sondern gegen die Durchführungsbestimmungen der Sanktionsmaßnahmen, die ein fürchterliches Durcheinander vorbereiteten. Italien lege Wert darauf, vor dem 18. November darauf hinzuweisen, daß die Tür für Ausöhnungsbemühungen noch offen sei und daß man noch die schweren Gefahren eines Wirtschaftskrieges durch eine Regelung im Rahmen des Völkerbundes vermeiden könne. Sei das nicht die erste Belohnung für die Bemühungen Cavalls?

„Excellior“ befaßt die Tatsache, daß man die auf europäische Verhältnisse ausgerichteten Sanktionsmaßnahmen und Bestimmungen auf den afrikanischen Kolonialfall anwende, und wünscht Friedensschluß, der zurzeit erleichtert sei durch die Widerstandslosigkeit der Abessinier in den Grenzgebieten ihres Landes.

Der „Figaro“ steht Verhandlungsmöglichkeiten in der Richtung auf ein Völkerbundsmandat über Abessinien, das Italien anstreben könnte.

Der „Ami du Peuple“ erklärt kategorisch, Rom hat gegen Genf Recht, Abessinien ist keine Nation. Der Völkerbund muß von den Artikeln 15 und 16 wieder abgehen und zu dem Mandatsartikel 22 zurückkehren, wenn er sich nicht auf immer als Schiedsrichter blamieren will. Der „Quotidien“ macht Laval, dessen Außenpolitik dem Blatt nie zugesagt hat, für alle Schwierigkeiten verantwortlich, denn er habe auf seiner Romreise Mussolini eine Blanco-Vollmacht gegeben und damit Frankreich auf kolonialen und diplomatischen Gebieten gelockt, ebenso auch dem französischen Außenhandel und dem Völkerbund.

Die Abessinier melden Erfolge an der Nord- und Südfront.

Aufstakt zu größeren Schlachten?

Addis Abeba, 13. November.

Der seit einer Woche unaufhaltbare Vormarsch der Truppen des Generals Grigiani in Richtung auf Djibouti schaffte für die Abessinier an der Südfront im Hinblick auf die zunehmende Gefährdung der Bahn Waddi Abbeba-Djibouti eine immer kritischer werdende Lage. Es scheint, daß sich hier die hinlängliche Taktik der Abessinier nicht durchführen läßt und daß in ganz kurzer Frist auf diesem Frontabschnitt sich die erste große, folgenreiche Kampfschlacht abspielen wird.

Die Abessinier treffen dementsprechend ihre Vorkehrungen. Das Getreide hat mit etwa 40 000 Mann nördlich der Bahn Stellung bezogen, während eine andere Gruppe in Stärke von 35 000 Mann unter Oberbefehl Waddi Abbeba die südlich der Bahn liegenden Höhenzüge besetzt hat. Den italienischen Vormarschbewegungen in der Danakili-Wüste hat die abessinische Heeresleitung den Sultan Mohammed Saju mit etwa 30 000 Mann entgegengeheißt. Diese Truppen sollen gemeinsam mit den Truppen des Ras Kadebe, der über 40 000 Mann verfügt und den Sektor Delle befehligt, und mit Unterstützung der 50 000 Mann umfassenden Armee des Raschid in die endgültige Barriere für den italienischen Vormarsch bilden. Diese angeführten Truppen haben bisher noch in keine Kampfhandlungen eingegriffen. Dem ersten Angriff dürfte Sultan Saju in der Provinz Uka ausgeht sein, die die italienischen Truppen im Gegensatz zu italienischen Darstellungen noch nicht betreten haben sollen.

Kämpfe an beiden Fronten

Vier Tants erobert?

Addis Abeba, 13. November.

Von der Ogasfront und von der Nordfront werden kleinere Gefechte gemeldet, die anscheinend den Aufstakt zu größeren Schlachten bilden.

In der Provinz Ogas haben die Italiener bei Anale mit starken Tankgeschwadern und motorisierten

Steine über den Osa-Fluß.

Tschedjisches Kerkerurteil gegen einen Polen.

Mährisch-Odrau, 13. November.

In dem Prozeß gegen den polnischen Staatsangehörigen Jan Delong, der von Polnisch-Tscheden aus Steine über den Osa-Fluß auf tschedjisch-polnische Grenzbeamte geworfen haben soll, wurde am Mittwochnachmittag das Urteil gefällt.

Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik und nach dem Strafgesetz wurde der Angeklagte schuldig gesprochen und zu 18 Monaten schwerem Kerker sowie zu Ehrenrechtsverlust für die Dauer von fünf Jahren verurteilt. Delong wurde für immer aus der Tschedjisch-Polizei ausgewiesen. Schließlich erhielt er noch eine Geldstrafe von 2000 Tschedjischkronen bzw. weitere 20 Tage schweren Kerker.

Der Verteidiger des Angeklagten meldete die Rechtsmittel an.

Dreifache Lynchjustiz.

Zwei Negerjungen und ein Weißer getötet.

DNB Columbus (Texas), 13. November.

Etwa 700 Personen, darunter viele Frauen, überfielen auf der Straße über den Colorado-Fluß einen Gefangenentransport und entrißen der Begleitmannschaft zwei 16jährige Negerjungen, die des Mordes an einem weißen Mädchen angeklagt waren. Die Menge zog vor das Haus des Vaters der Ermordeten, lynchten die Neger und knüpften sie an einem Baum auf. In ihrer Tobesangst bedrohten die Negerjungen einen dritten Neger des Mordes. Die Menge zog daraufhin aus, um ihn zu fassen.

Ein neuer Fall von Lynchjustiz wird aus Rippen (West-Virginia) gemeldet, wo die Menge einen weißen Arbeiter totschlug, die Leiche mit Benzin übergoss, an einem Baum anknüpfte und in Brand steckte.

Ein Bischof vor Gericht.

Heute beginnt in Berlin der Devisenprozeß gegen den Bischof Petrus Legge von Meissen, der bekanntlich vor einigen Wochen verhaftet worden ist. Unter den Prozessen gegen Geistliche und Ordensleute, die wegen gräßlicher Verbrechen gegen die zum Schutze der deutschen Wirtschaft erlassenen Devisenvorschriften schon vor Gericht gestanden haben oder noch davor gestellt werden, muß der heutige Prozeß besonders auffallen, weil es seit der Kulturkampfzeit das erste Mal ist, daß ein katholischer deutscher Bischof vor dem Straftribunal erscheinen muß. Aber dieser Prozeß hat nichts mit Kulturkampf, nichts mit politischen Gegensätzen zwischen Staat und Kirche zu tun, sondern es ist ein Strafprozeß wie andere Devisenprozesse auch, und vor dem Gesetz sind alle Deutschen gleich.

Müssen es die Katholiken als besonders peinlich empfinden, daß sogar auch gegen einen ihrer Oberhirten Anklage wegen Devisenverstoß erhoben worden ist, so steht auf der anderen Seite das Bedauern der Regierung, solche Prozesse führen zu müssen. Gesetze werden für alle Staatsbürger ohne Ausnahme erlassen, und Strafen, die in diesen Gesetzen für Zuwiderhandlungen festgelegt werden, treffen jeden, der sich einer Zuwiderhandlung und damit einer Gesetzesverletzung schuldig macht und dabei gefaßt wird. Strafen in Gesetzen werden nicht festgelegt, um die Strafanstalten zu füllen, sondern um zu warnen und abzuschrecken. Darum handelt es sich bei den Devisenprozessen gegen Geistliche und Ordensleute und ebenso auch bei dem heutigen Prozeß gegen Bischof Petrus Legge nicht um eine gerichtliche Aktion gegen die katholische Kirche, sondern um Verfahren gegen deutsche Staatsbürger, die schuldig geworden sind. Und wenn wir früher einmal betont haben, daß von Trägern des geistlichen Gewandes ganz besondere Achtung vor den Gesetzen des Staates gefordert werden müsse, so gilt das selbstverständlich auch und erst recht von einem so hochgestellten Geistlichen, wie es ein Bischof ist. Auch für ihn hat jedes Wort der Erklärung, die im Juni dieses Jahres Kardinal Bertram, der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, zu den Devisenprozessen in der deutschen Presse veröffentlicht hat, ohne jede Einschränkung Geltung.

Welche Verbrechen gegen die Devisenvorschriften der Bischof von Meissen von der Anklage vorgeworfen werden und inwiefern und in welchem Umfange er sich schuldig gemacht hat, ist uns noch nicht bekannt. Man wird die Aufklärung abwarten müssen, die der Prozeß bringen wird. Aber ebenjenseitig wie bei den bisherigen Devisenprozessen wird auch in diesem Falle das geistliche Gewand ein Schutzmittel vor Strafe sein. Liegt ein Mißbrauch des Priesterkleides vor, so ist durch diesen Mißbrauch auch das Ansehen der Kirche geschädigt worden. Im übrigen darf bei keiner Verletzung der Devisengesetze außer Acht gelassen werden, daß jede eine Schädigung der deutschen Wirtschaft und damit des deutschen Volkes bedeutet.

Feierliche Berufung des Reichskulturjenseats.

Die große Bedeutung der Jahrestagung der Reichskulturkammer.

DNB Berlin, 13. November.

Am Freitag, dem 15. November, mittags 12 Uhr, wird in der Philharmonie die Jahrestagung der Reichskulturkammer stattfinden. Bei dieser Tagung handelt es sich um das bedeutendste kulturpolitische Ereignis seit Bestehen des nationalsozialistischen Staates, da auf dieser Tagung die Mitglieder des Reichskulturjenseats durch den Präsidenten der Reichskulturkammer, Reichsminister Dr. Goebbels, berufen werden.

An der Tagung werden neben der gesamten Reichsregierung das diplomatische Korps sowie alle maßgebenden Persönlichkeiten der Einzelkammern und der Parteiformationen teilnehmen.

Eingeleitet wird die Kundgebung mit Fanfarenklängen. Danach wird der Staatschauspieler Raphaeler einen von Herbert Böhm verfassten Vorprolog sprechen. Der Präsident der Reichskulturkammer Professor Dr. Peter Raabe dirigiert das Philharmonische Orchester, das zunächst im Musiksaal des jungen nationalsozialistischen Kompositors Hoyer zum Vortrag bringt. Danach spricht Reichsminister Dr. Goebbels als Präsident der Reichskulturkammer. Er beruft die Mitglieder des Reichskulturjenseats, in den außer den Präsidialräten der sieben Einzelkammern noch zahlreiche Persönlichkeiten des kulturellen und künstlerischen Lebens, insgesamt etwa 105 Personen, berufen werden.

Abends 18 Uhr findet dann die feierliche Eröffnung der umgebauten Deutschen Opernhaus mit dem „Meisterliedern von Nürnberg“ unter Leitung von Generalmusikdirektor Dr. Karl Böhm statt. Auch an diesem Festakt werden die Mitglieder der Reichsregierung, des diplomatischen Korps und zahlreiche ausländische Künstler teilnehmen.

Am Sonnabend, dem 16. November, vormittags 11 Uhr tritt der Reichskulturjenseat zu einer ersten Arbeitssitzung zusammen. Reichsminister Dr. Goebbels wird eine Ansprache halten. Außerdem werden die Präsidenten der sieben Kammern über das Ergebnis der bisherigen Arbeit und über die zukünftigen Absichten sprechen. Ministerialrat Schmidt-Leonhardt hält einen Vortrag über die staatsrechtlichen Grundlagen der Reichskulturkammer.

Anschließend gibt Reichsminister Dr. Goebbels im Hotel Kaiserhof für die Mitglieder des Reichskulturjenseats ein Frühstück. Am Abend findet im Staatlichen Schauspielhaus die feierliche Eröffnung der „Thomas Bayne“ von Hans Jost statt. Auf Einladung des Reichsministers Dr. Goebbels und der Geschäftsführer der Reichskulturkammer findet danach noch im Hause der Kameradschaft der deutschen Künstler ein zwangloses kameradschaftliches Beisammensein statt.

Steinwürfe auf Churchill.

London, 13. November.

Winston Churchill und sein Sohn Randolph wurden am Dienstagabend in einem Wahlkreis in Liverpool tatsächlich von der Menge angegriffen. Der Kraftwagen, in dem beide Churchills zu einer Wahlversammlung fuhren, wurde mit schweren Steinen beworfen. Ein Stein traf Winston Churchill am Kopf. Als Randolph Churchill mit seiner Schwester Sarah nach der Verwundung zurückfuhr, wurde ihr Wagen wiederum von einer feindlichen Menge umringt, die Steine warf.

Nummer 3

Wid zur Bid

Die Landesgr...
bundes veranlaßt...
Sportplatz ihre...
der in Anwesenhe...
General Göring...
Luftschiffamtsträ...
Der Präsident...
Leutnant a. D. G...
Millionen Mittgl...
General Göring...
habe zu einer der...
die das Gebäude u...
der Reichskulturk...
lache, daß der Bi...
Verdienst.

Dann nahm G...
begrißte die erst...
innerte an die ge...
sen größten Saal...
Kampfes, der an...
auch der Reichslu...
neben und nicht...
stehe, sondern in...
Angehöriger erfüllt...
lands Zukunft.

Im Rahmen de...
waffe ein wichtig...
Sie sei gefe...
daß trotz Meer...
genügend sei...
schlicht werde...

Der Reichskult...
saßler Dittat zur...
was dem deutschen...
Schuß geboten h...
der allergrößten...
Vollendung gesch...
sagen könne, daß...
sei dies nur trakt...
möglich gewesen, d...
tern ausgegangen

Mit besond...
seht, daß diese...
zum klaren Zie...
worden sei, d...
damit es im...
nachgehenden...
gabe konnte de...
seht des Führer...

Sie sei nicht a...
und Wälder zu de...
Luftkrieges auszu...
worden, der notw...
begehren.